

## AKTUELL

UN-PLASTIKABKOMMEN

# Noch nicht eingetütet

Joël Adami

**Es geht in die heiße Phase: Dieser Tage wird im südkoreanischen Busan über ein internationales Plastikabkommen verhandelt. Wissenschaftler\*innen fordern einen ambitionierten Text und Aktivist\*innen beklagen die Anwesenheit vieler Lobbyist\*innen.**

Eine „Once in a planet opportunity“ nannte Inger Andersen, Chefin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (Unep), die Verhandlungen, die am vergangenen Montag in Busan begannen. Die Konferenz, die als fünftes Treffen des „Intergovernmental Negotiating Committee“ als INC-5 abgekürzt wird, geht auf eine Resolution der UN-Umweltversammlung im März 2022 zurück. Damals wurde beschlossen, ein internationales, rechtlich bindendes Instrument zu schaffen, um die weltweite Plastikverschmutzung einzudämmen. Die Position Luxemburgs und der EU ist dabei klar: Man will ein ambitioniertes Abkommen abschließen – doch will man auch dafür zahlen?

Bisher gestalteten sich die Verhandlungen äußerst zäh. Das offizielle Verhandlungsdokument enthielt nach der INC-4 in Ottawa weit über 3.000 eckige Klammern, die Textteile markieren, bei denen noch Gesprächsbedarf besteht. Verhandlungsleiter Luis Vayas Valdivieso hatte deswegen ein sogenanntes „Non-Paper“ als neue Grundlage vorgeschlagen. Gleich nach der Eröffnung wurde hitzig darüber diskutiert, welches der Dokumente denn nun als Grundlage dienen sollte – geeinigt wurde sich schlussendlich darauf, dass die Teilnehmer\*innen auch Passagen aus dem alten Text in das „Non-Paper“ hinzufügen könnten. Diskussionen, die angesichts der Notwendigkeit, bis zum kommenden Sonntag einen fertigen Text zu produzieren, für manche Teilnehmer\*innen sehr aufreibend waren, wie das „Earth Negotiations Bulletin“ des „International Institute for Sustainable Development“ berichtet.

Die Unstimmigkeiten beginnen bereits bei den Definitionen: Wo beginnt die Plastikproduktion – etwa bei der Extraktion von fossilem Öl und Gas, wie Wissenschaftler\*innen betonen, oder später? Auch die Frage, ob man einzelne gefährliche Zusatzstoffe auflisten und verbieten oder zumindest einschränken sollte, war beispielsweise am vergangenen Mittwoch ein besonders heiß diskutierter Punkt, denn manche Länder sind kategorisch gegen eine solche Liste.

Die Frage, was mit den Arbeiter\*innen passiert, die aktuell ihren Lebensunterhalt damit verdienen, Plastik aufzusammeln, wurde unter dem Punkt

„gerechter Übergang“ diskutiert. So sind zwölf Delegierte der „International Alliance of Waste Pickers“ in Busan, die 460.000 Arbeiter\*innen aus 34 Ländern repräsentieren. Sie fordern Sozialdialog und gute Arbeitsmöglichkeiten, wenn ihre bisherigen Jobs verschwinden, weil weniger Plastik weggeworfen wird. Ungelklärt ist bisher auch, wer bereits existierende Plastikverschmutzung entsorgen und wer dafür bezahlen soll.

## Wer finanziert das große Aufräumen?

Letzten Endes geht es, wie so oft, um Finanzierungsfragen. Eine Gruppe von Entwicklungsländern will, dass ein neuer, unabhängiger Finanzierungsmechanismus gegründet wird, während eine Gruppe von Industriestaaten will, dass die „Globale Umweltfazilität“ (GEF) diese Rolle übernimmt. Die GEF finanziert seit 1991 Umweltschutzprojekte in Ländern des globalen Südens.

Obwohl alle unter Plastikverschmutzung leiden, sind einige Länder weniger ambitioniert als andere. Besonders Staaten, die fossiles Gas und Erdöl fördern, scheinen in den Verhandlungen auf die Bremse zu drücken. Maßgeblich seien das Iran, Russland und Saudi-Arabien, sagte die Meeresökologin Melanie Bergman, die als Wissenschaftlerin an den Verhandlungen teilnimmt, in einem Pressebriefing des „Science Media Center“ im Vorfeld. Bergman ist Mitglied einer Koalition von Wissenschaftler\*innen, die sich für ein ambitioniertes Plastikabkommen einsetzen.

Doch in Busan sind dreimal so viele Lobbyist\*innen der Chemie- und Fossilindustrie wie Mitglieder der Koalition anwesend. Wäre die Industrie ein Land, sie würde mit 220 Lobbyist\*innen die größte Verhandlungsdelegation in Busan stellen, wie das Center for International Environmental Law (CIEL) herausgefunden hat. Sie setzten, genau wie bei den Klimaverhandlungen, Taktiken wie „Behinderung, Ablenkung, Einschüchterung und Fehlinformation“ ein, so Delphine Lévi Alvarès vom CIEL. Immerhin kamen, nach Interventionen mehrerer Mitgliedsstaaten, am Mittwoch auch Jugenddelegierte in Busan zu Wort. Sie forderten die Verhandler\*innen eindringlichst auf, ein Abkommen abzuschließen, das die Plastikverschmutzung endlich eindämmt. Noch bis kommenden Sonntag haben die Delegierten Zeit, einen Text vorzulegen, der genau das erreicht.

## SHORT NEWS

## Un Black Friday spécial pour Amazon

(fg) – « Make Amazon Pay » est le nom d’une campagne internationale menée par la société civile dans 30 pays où est implantée la tentaculaire multinationale de Jeff Bezos. Elle se déroule autour de deux dates emblématiques, entre le Black Friday, ce 29 novembre, et le Cyber Monday, ce 2 décembre. Au Luxembourg, sept organisations ont appelé à un rassemblement vendredi à midi, au coin Grand Rue – Aldringen. Au grand-duché, cette action prend un caractère particulier puisque le géant de la distribution et de l’informatique y a établi son siège européen depuis 20 ans, profitant des avantages fiscaux offerts par le pays pour minimiser ses impôts. Au fil des ans, Amazon y a également installé de nombreuses activités de support (informatique, marketing, etc.), au point de devenir le cinquième employeur du pays avec 4.270 salarié-es, un chiffre longtemps tenu secret pour d’obscures raisons fiscales. Outre sa fâcheuse tendance à contourner l’impôt, la multinationale se voit aussi reprocher son management toxique à l’égard de ses quelque 1,5 million d’employé-es dans le monde. Un chiffre en décline, Amazon ayant licencié 27.000 personnes ces deux dernières années, malgré des bénéfices record qui ont atteint 15 milliards de dollars pour le seul troisième trimestre 2024. Autre point dans le collimateur de la société civile, la part active prise par Amazon dans le réchauffement climatique, la société ayant par exemple prévu de déployer 465.000 nouveaux serveurs d’IA dont la plupart ne seront pas alimentés par de l’électricité renouvelable.

## Mehr Geld für Kultur – und Bauunternehmen

(mes) – Insgesamt sollen nächstes Jahr rund 287,7 Millionen Euro für den Kultursektor bereitgestellt werden. Laut dem zuständigen Minister Eric Thill (DP) liegt die Summe 12,8 Prozent über dem Budget von 2024. Im Mittelpunkt des Kulturbudgets für 2025, das am 27. November in der Abgeordnetenversammlung vorgestellt wurde, stehen der Schutz und die Förderung des Kulturerbes sowie die Finanzierung archäologischer Ausgrabungen. Rund 131 Millionen Euro sollen in den hiesigen „konventionellen Kultursektor“, zu dem elf öffentliche Einrichtungen gehören, investiert werden. Der audiovisuelle Sektor soll insgesamt 52,07 Millionen und das „Institut national du patrimoine architectural“ (Inpa) rund 7,5 Millionen Euro bekommen. Unter anderen soll letztere Summe in den fünf Gemeinden Vianden, Rümelingen, Käerjeng, Clerf und Nommern die Erstellung eines Inventars des baulichen Erbes finanzieren. So wie schon mit den neuen Maßnahmen des Umweltschutzgesetzes soll der Staat auch im Kultursektor privaten Bauunternehmer\*innen unter die Arme greifen und künftig alle Kosten für Ausgrabungen im Rahmen der präventiven und erforderlichen Archäologie übernehmen. Bislang wird knapp die Hälfte der Kosten von der staatlichen Kasse übernommen. Dafür sind rund 10 Millionen der insgesamt 18 Millionen Euro für das Institut national de recherche archéologique (INRA) vorgesehen. Dies „um eine Senkung der Kosten für Bauarbeiten vor dem Hintergrund der Krise im Immobiliensektor [zu] ermöglichen“, so Kulturminister Thill am vergangenen Mittwoch.

## EU-Kommission: Doch soziale Rechte

(tf) – Nun wird Roxana Mînzatu doch auch für „soziale Rechte und hochwertige Arbeitsplätze“ zuständig sein. Am vergangenen Mittwoch wurde die rumänische sozialdemokratische Politikerin gemeinsam mit der gesamten EU-Kommission vom Europaparlament ins Amt gewählt. „Ich habe Ihren Appell vernommen“, sagte die alte und neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen während der Vorstellung des Kollegiums in Straßburg und meinte damit die Erweiterung von Mînzatus Titel. Als Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission sollte diese zunächst lediglich für „Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau“ zuständig sein. Die Themen Beschäftigung und soziale Rechte, die den Titel ihres Vorgängers Nicolas Schmit (LSAP) prägten, tauchten dort nicht mehr auf. Das war auf heftige Kritik gestoßen, auch durch den Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC), der sich Ende September öffentlich an von der Leyen wandte. Es muss sich allerdings erst noch zeigen, ob die Titelerweiterung tatsächlich die vom ETUC in einer Presseerklärung behauptete „Kehrtwende“ der Kommission hin zu mehr Arbeitsrechten bedeutet. Schmits Prestige-Projekt, die EU-Direktive für einen sozialen Mindestlohn, droht derweil folgenlos zu versanden: Bis Mitte dieses Monats hätten die EU-Mitgliedsstaaten diese in nationales Recht umsetzen müssen; beim Großteil unter ihnen ist das bislang nicht geschehen; einige wirken laut ETUC gar den Zielen der Direktive entgegen.